Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Ausschluß der Sowjetgenossenschaften

Aufnahme der Faschisten in den IGB.

Seit Jahren führen die Genossenschaftsreformisten den schärfsten Kampf für den Ausschluß der Sowjetgenossenschaften aus dem IGB. Die deutschen reformistischen Führer haben dabei die aggressivste Politik gegen die bolschewistischen Genossenschaften betrieben und durch ihre Diskreditierungskampagne in der Presse und ihre unverschämten Vorstöße in den Sitzungen des IGB. die Reformisten der anderen Länder übertrumpft.

Während die Sowjetgenossenschaften aus dem IGB. herausgeschmissen werden sollen, wachsen unter den reformistischen Genossenschaftsführern die Bestrebungen für die Aufnahme der faschistischen Genossenschaften Mussolinis in den Bund. Seit Monaten finden in der Genossenschaftspresse eifrige Diskussionen für die Aufnahme der Faschisten statt.

Die Verbrüderung der Genossenschaftsreformisten mit dem Faschismus geht soweit, daß in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom Februar d. J. erklärt werden konnte, die reformistischen italienischen Genossenschaften **hätten ihr „Schicksal" selbst verschuldet, weil sie nicht immer politisch „neutral" gewesen seien.** Die Zerstörung der reformistischen Genossenschaften durch Mussolini wurde also damit entschuldigt, daß die Faschisten nur der Not gehorchend gegen die reformistischen Genossenschaften vorgehen mußten. Die deutschen reformistischen Führer haben sich damals noch formal von dieser faschistischen Propaganda des Direktors der Budapester Genossenschaft abgegrenzt und erklärt, daß die faschistischen Genossenschaften ebensowenig wie die Sowjetgenossenschaften in den IGB. gehören. Dieses Vorgehen der Kasch und Konsorten war **nur ein taktisches Manöver,** das nicht allzulange aufrechterhalten werden konnte.

Jetzt haben auch die deutschen Reformisten offen ihr sozialfaschistisches Gesicht gezeigt. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom 24. August wird von den Zentralinstanzen der Weltsyndikat Olberg vorgeschickt, der die Propaganda für die Aufnahme der Faschisten in den IGB. einleitet. Er erklärt wörtlich:

„Ohne weiteres, von vornherein könnte sie (die Aufnahme der Faschisten. D. R.) nach meiner Meinung nicht abgelehnt werden. Es wäre bei der Entscheidung genau nachzuprüfen, welche Stellung die maßgebenden Organe der Genossenschaften zu den Gewaltmethoden des Faschismus einnehmen und wie sie die Genossenschaftsprinzipien in der Praxis verwirklichen."

Olberg ist also für die sofortige Aufnahme der Faschisten in den IGB., ihn macht nur die Frage Sorgen, **wie eine „geschickte" Begründung** für diesen Schritt gefunden werden soll. Nur deshalb wird eine Untersuchung über die Tätigkeit der faschistischen Genossenschaften **verlangt. Es konnte auch keinen** Zweifel über die Stellung der **deutschen** reformistischen Führer geben. **Gerade sie brauchen die Faschisten im IGB. als Bundesgenossen gegen die Sowjetgenossenschaften.**

Auch der russische Emigrant Totomianz führt in der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis" vom 1. September das Wort für die Faschisten. Er findet, daß in **Sowjetrußland die reformistischen Genossenschaftsführer viel schlechter behandelt worden sind als in Italien,** wo sie auch unter dem Faschismus noch „Ansehen" genießen. Natürlich hat Totomianz völlig „vergessen", wie die russischen Emigranten gegen den Arbeiter- und Bauernstaat gekämpft haben und wie sich ihre reformistischen italienischen Freunde völlig mit dem Faschismus aussöhnen. Totomianz schreibt u. a. folgendes:

„Deshalb sind die Vorurteile, die **manche ausländischen** Genossen der neuen italienischen Genossenschaftsbewegung entgegenbrachten, in den meisten Fällen unbegründet, **und es ist noch sehr** die Frage, wer den westeuropäischen Genossenschaften näherkommt, **die in den internationalen Genossenschaftsbund aufgenommenen sowjetrussischen Genossenschafter oder aber diejenigen des neuen Italien, die von diesen nicht aufgenommen wurden."**

Auch das ist ein **klares Bekenntnis für die Faschisten.**

Die Zahl der Befürworter unter den reformistischen Führern für die Aufnahme der Faschisten in den Internationalen Genossenschaftsbund wird immer größer. Für die übrigen Sozialfaschisten ist es nur eine taktische Frage, wie weit sie sich schon jetzt auch ganz offen mit den Faschisten im IGB. verbinden wollen. **Auch ohne die formale Zugehörigkeit der Faschisten zum IGB. betreiben die reformistischen Genossenschaftsführer eine sozialfaschistische Politik.** Die Preisgabe der Klasseninteressen der Genossenschaftsmitglieder, die Beteiligung der Reformisten am Zoll- und Steuerraub **ihrer** Regierungen, beim Abbau der Erwerbslosenunterstützung, die Verweigerung der proletarischen Klassensolidarität in Arbeiterkämpfen, die völlige Aussöhnung mit den kapitalistischen Trusts, die Beteiligung an den imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion — all das sind untrügliche Beweise für die reformistische, klassenverräterische und sozialfaschistische Politik der Genossenschaftsbürokratie.

Die revolutionären Genossenschafter führen den schärfsten Kampf gegen den Ausschluß der Sowjetgenossenschaften aus dem IGB. und gegen die Aufnahme der Faschisten in den Bund. Dieser Kampf ist aber nur ein Stück des Kampfes gegen die reformistische Verratspolitik auf allen Gebieten.

Eingeständnisse eines Reformisten

Ausschluß von Merseburg ungesetzlich — auch die Ungültigkeitserklärung der Oppositionslisten in Berlin

Im Kampfe gegen die revolutionäre Opposition verwenden die reformistischen Führer ständig das Argument, daß eine Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine auch „gesetzlich" unmöglich sei. Vor allem droht der selbstherrliche Diktator Kasch allen Konsumvereinen den Ausschluß aus dem Verbande und als gemeiner Denunziant sogar ihre Auflösung durch die Klassenjustiz an, wenn sie ihre proletarischen Pflichten erfüllen. Der Konsumverein **Merseburg wurde z. B.** aus dem Verbande ausgeschlossen, weil er den kämpfenden Hüttenarbeitern proletarische Klassensolidarität bewies.

In einem Artikel der „Gemeinwirtschaft" vom September, „Vertreterwahl und Genossenschaftsdemokratie" stellt sich **Bergmann** auf den Standpunkt, daß die Hamburger Reformisten die Klassenjustiz mit Unrecht zu Hilfe rufen. Er schreibt u. a. wörtlich:

„. . . und die gelegentliche Verwendung von Genossenschaftsgeldern für allgemeine, nicht auf die Mitglieder beschränkte Sozialpolitik steht seit den Novellen zum Genossenschaftsgesetz vom 1. Juli 1922 und 12. Mai 1923 . . . **den Genossenschaften frei,** so daß auch aus der Beteiligung von Streikversammlungen, einer der Hauptforderungen politisch eingestellter Genossenschafter, **Rechtsnachteile** (die Auflösung nach § 81 Gen.-Ges. wegen Verfolgung anderer als der in § 1 bezeichneten geschäftlichen Zwecke) **nicht drohen."**

Und weiter gesteht **Bergmann:**

„Es muß demnach sehr fraglich erscheinen, ob die ‚Unterstützung wirtschaftlicher Kämpfe anderer Organisationen' die Genossenschaften nach § 1 und 81 des Gen.-Ges. der Gefahr der Auflösung aussetzen, wie es der Beschluß des Generalrates des Zentralverbandes annimmt. Mißlich ist es in jedem Falle, eine Entscheidung, die der Ueberlegung der Genossenschafter zusteht, auf Drohungen des Gesetzes zu stützen; und es wäre eine Ueberprüfung der Auslegung des § 81, insbesondere im Hinblick auf die mehrfachen Aenderungen des § 1 nicht ohne Vorteil."

Bergmann ist nicht **für die Erfüllung** der proletarischen Klassenaufgaben der Konsumvereine, er will nur, daß die Reformisten ihrem Vorgehen gegen die Opposition keine „gesetzliche Begründung geben, so weit sie nicht aus den Paragraphen herausgelesen werden kann. Damit schließt sich dieser Sozialdemokrat unserer Auffassung an, daß bei dem Ausschluß des Konsumvereins Merseburg **keine Berufung auf Genossenschaftsgesetz und Statut möglich ist,** sondern daß er ein rein politischer Gewaltakt ist, um die Herrschaft der SPD. in den Genossenschaften aufrechtzuerhalten.

Bekanntlich hat im Januar dieses Jahres die reformistische Bürokratie in **Berlin 226 Vorschlagslisten der Opposition für ungültig erklärt und unter erneutem Druck von Gesetz und Statut sozialdemokratische Parteifunktionäre als „Delegierte der Generalversammlung" selbstherrlich eingesetzt. Bergmann** nimmt auch dazu in seinem Artikel Stellung und schreibt:

„Bei der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend wurden letzthin von 460 eingereichten Vorschlagslisten 226 für ungültig erklärt. Der Erhaltung genossenschaftlicher Treue würde es eher dienen, wenn man zur Mängelbeseitigung eine angemessene Frist nach Aufforderung setzte (hierfür vorbildlich Halle § 21: 8 Tage Frist nach Aufforderung), zumal ja die Rechtsungültigkeitserklärung von Minderheitslisten, selbst **wenn sie einmal nicht rechtswidrig ist,** immer wieder auf die Betroffenen den Eindruck genossenschaftswidriger Parteilichkeit macht."

Bergmann nimmt also **als ganz selbstverständlich** an, daß **das Vorgehen der Reformisten gegen die Opposition in der Regel „rechtswidrig" ist.** Er kann **nicht** einmal einen sozialdemokratischen Konsumverein nennen, in dessen Statuten den Mitgliedern noch gewisse Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden und muß deshalb als Vorbild **den von der KPD. beherrschten Konsumverein Halle** bezeichnen. **Ohne sich klar und eindeutig** zu der Ungültigkeitserklärung der Oppositionslisten **zu äußern,** läßt auch hier Bergmann ohne weiteres **durchblicken,** daß die Ungültigkeitserklärung der Vorschlagslisten **gesetz- und statutenwidrig** war.

In dem Artikel werden aber von den Sozialdemokraten auch einige andere Tatsachen **eingestanden, die die Opposition** schon seit Jahren ständig **festgestellt hat. Bergmann** gibt zu, daß das „aktive Interesse der Mitglieder an der Genossenschaft" nur **„gering"** ist. An den Vertreterwahlen **beteiligten** sich nach seiner Darstellung nur **20 Prozent der Mitgliedschaft.** Die Zahl der Mitgliederversammlungen findet er **„erschreckend gering"** und führt dafür **viele** konkrete Beispiele an. **Auch die große Passivität der Frauen** gesteht er ein, und **vieles andere.**

Bei den Wahlen sichern sich die **Reformisten** durch sozialfaschistische Methoden ihre Mehrheiten. Auch dafür führt Bergmann wertvolle Beispiele an, wie die **unrichtige Abgrenzung der Wahlbezirke, oder die Ausschaltung des Stimmrechts vieler Mitglieder,** das ihnen nach Gesetz und Statut zusteht. **Durch die** falsche Einteilung der **Wahlbezirke entfielen z. B. in Berlin** jeweils auf 71 oder 168, 116, 125, 15, 81, 179 Mitglieder je ein Vertreter. B. befürwortet **deshalb den Einheitswahlkreis,** den heute die reformistisch geleiteten Konsumvereine nicht haben, sondern nur die unter **kommunistischer Leitung stehenden Vereine Halle, Schwarzenberg** usw., auf die sich Bergmann beruft.

Bergmann geht bei seiner „Kritik" von dem Bestreben aus, die Genossenschaften zu „entpolitisieren". **Er empfiehlt eine bessere „Genossenschaftsdemokratie" als Lösungsmittel seiner „Entpolitisierung".** Diese Auffassung ist natürlich falsch. Die Konsumvereine dürfen keine Genossenschaftsgeschäfte und Bollwerke sozialdemokratischer **Parteipolitik bleiben,** sondern **müssen** proletarische Klassenkampforgane werden. Solange die **Konsumvereine** von den reformistischen **Führern zum Klassenverrat mißbraucht werden,** solange **muß die revolutionäre Opposition** den schärfsten Kampf um die Eroberung der Konsumvereine führen. Eine Reihe von Eingeständnissen von Bergmann sind zweifelsohne sehr richtig. Die Hamburger Bürokratie wird sofort eine Hetzkampagne gegen ihn beginnen, **obwohl er sich mit ihnen völlig einig ist und nur andere Methoden des Kampfes gegen die revolutionäre Opposition wünscht.** Bergmann übersieht völlig, daß die Streitfragen zwischen den Reformisten und der Opposition keine „gesetzlichen", sondern **politische** Kampffragen **sind.** Das werden ihm seine Freunde lehren. Wo die „demokratische" Maske die Aufrechterhaltung der Positionen der SPD. in den Konsumvereinen gefährdet, wendet die Bürokratie **offene sozialfaschistische Methoden an,** wie es das Vorgehen gegen Merseburg und die terroristischen Gewaltakte in Berlin zeigen. Die Opposition führt den schärfsten Kampf gegen diesen sozialfaschistischen Kurs der Genossenschaftsbürokratie für die Umgestaltung der Konsumvereine zu proletarischen Klassenorganen, weil auch dann erst eine wirkliche proletarische Mitgliederdemokratie möglich ist.

Die „Förderung" der Konsumvereine durch die sozialdemokratische Kommunalpolitik

Die Reformisten betrachten die Genossenschaften als **eine der** Säulen der „Wirtschaftsdemokratie". Durch diese „Wirtschaftsdemokratie" soll mit der Entwicklung der Genossenschaften, den eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften, der Kommunalisierung und Verstaatlichung, das Hineinwachsen in **den sozialistischen Zukunftsstaat** erfolgen. Wir wollen **uns hier nicht weiter** mit dem Unsinn der „Wirtschaftsdemokratie" **beschäftigen, die keinem weiteren Zwecke** dient, **als den politisch ungeschulten Arbeitern** einen neuen Idol zu geben, wie Tarnow auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß sagte.

In dem sozialdemokratischen Organ **„Die Gemeinde", Nr. 20,** Jahrgang 1928, sind die **kommunalpolitischen Richtlinien der SPD.** veröffentlicht. Man sollte nun annehmen, daß **nach der** Theorie der „Wirtschaftsdemokratie" den Konsumvereinen **eine große Rolle beigemessen wird.** Aber weit gefehlt. **Nach diesen Richtlinien verschwinden die Genossenschaften völlig oder sollen zu Anhängseln der Gemeinden gemacht werden.** Diese Richtlinien müssen in ihrem ganzen Charakter als das SPD.-**Kommunalprogramm** betrachtet werden. Was dort **im einzelnen gefordert** wird, steht natürlich im Gegensatz zur täglichen **Politik der SPD.** in den Gemeinden. Auch soweit dieses „Programm" **Gebiete der Konsumgenossenschaften berührt, steht dieses im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit.** So wird in dem Abschnitt „Forderungen an die **Gesetzgebung"** und in dem Abschnitt **„Gemeindesozialismus"** die **Kommunalisierung der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung gefordert.** Unter Abschnitt **„Lebensmittelversorgung"** heißt es dann weiter:

„Organisatorischer Zusammenschluß der Gemeinden mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher zwecks Versorgung der Einwohner mit guten und preiswerten Lebensmitteln."

Wir wollen uns mit der Feststellung begnügen, daß, **wie in** allen anderen Punkten des „Programms", es sich auch **in diesem** Punkte um hohle Phrasen handelt. Immerhin hätte **man annehmen sollen,** daß die Genossenschaftssozialisten es **sich verbeten** hätten, daß hinsichtlich ihrer Bewegung solche, mit **ihrer Tätigkeit** in Widerspruch stehenden Formulierungen **hineingekommen** wären. **Aber das Durcheinander in der SPD.,** die **Widersprüche** zwischen ihren Worten und Taten **sind so groß, daß es scheinbar nichts mehr ausmacht,** wenn der **für die Augen der Arbeiter als Gaud bestimmte Unsinn** zum größten Blödsinn wird. Das dürfen die Genossenschaftsmitglieder bei den Kommunalwahlen **nicht** vergessen, wo die SPD. wieder um ihre Stimmen bittet. Ch.

Genossenschaftliche Rundschau

Praktische Solidarität des Konsumvereins Merseburg. Der Konsumverein Merseburg, der wegen **Unterstützung der Metallarbeiter** in Rheinland-Westfalen **aus dem Verbande** ausgeschlossen wurde, hat den im schweren Kampf befindlichen **Steinarbeitern in Wildschütz** proletarische Solidarität **bewiesen.** Er hat **einige** Lebensmittelverteilungen durchgeführt.

Steuerbelastung der Konsumvereine und des Einzelhandels. Eine Reihe Kleinhändler behaupten ständig, daß **die Konsumvereine** überhaupt keine Steuern zahlen bzw. große Steuererleichterungen genießen würden. Die „Produktion" **in Hamburg** hat deshalb jetzt einen **Vergleich** angestellt, in **welcher Weise** sie mit dem Jahresumsatz von 77 Millionen **Mark im Jahre** 1928 zu den **Steuern** herangezogen wurden, im **Gegensatz zu 750 Einzelhändlern,** auf die der Umsatz der „Produktion" **verteilt** wurde. Während die „Produktion" 1 780 967 **Mark an** Steuern zahlen mußte, hatten die Kleinhändler nur 873 808 **Mark** aufzubringen. **Die Mehrbelastung der „Produktion" betrug also 907 154 Mark oder 102,6 Prozent.** Soviel Tribut **verlangt der** kapitalistische Staat mit seiner Koalitionsregierung, den Hilferding, Müller usw., von den Konsumvereinen.

Neuer Zollwucher. Die Großagrarier, denen die Koalitionsregierung in den letzten Monaten bereits einen beträchtlichen Teil ihrer Wünsche erfüllt hat, sind wieder mit **neuen Zoll- und Kreditforderungen auf den Plan getreten.** Die **Junker** der „grünen Front" verlangen u. a. auch die **Erhöhung der Zölle auf Vieh, Fleisch** und Butter. Auch eine andere **Preisgestaltung der Kartoffeln** soll durch die Errichtung einer **Zentralstelle für** Kartoffelverwertung erreicht werden. Ueberall muß der **schärfste** Kampf gegen die neuen Pläne der Großagrarier und den Zoll- und Steuerraub der Koalitionsregierung geführt werden.

Konsumverein Bochum unterstützt die IAH. Der **Konsumverein Bochum hat für neun Kinder von Genossenschaftsmitgliedern,** die in Sommerlagern der Internationalen Arbeiterhilfe untergebracht waren, den Betrag von je 35 Mark, insgesamt 315 Mark, **zur Verfügung gestellt. Diese Unterstützung** erfolgte natürlich **aus** reformistisch-geschäftlichen Gründen und nicht aus proletarischer Klassensolidarität. Aber schon die Zusammenarbeit mit der IAH. wird den Bochumer Sozialdemokraten einen schweren **Rüffel** der Hamburger Instanzenclique **einbringen.**

„Wie sich die ‚Förderung' der Konsumgenossenschaftsbewegung in kommunistischen Köpfen malt." Die Genossenschaftsbürokratie hat wieder einmal großes Glück gehabt. In der „Rundschau" vom 14. September veröffentlicht sie wörtlich **den Arbeitsplan des ZK. der KPD. für die Genossenschaftsarbeit vom September und Oktober.** Damit wird dem Material **eine** weitgehende Verbreitung zuteil, für die wir den Reformisten **nur** unseren Dank abstatten können. Zeigen doch auch die **in dem** Arbeitsplan behandelten Fragen erneut, wie ernstlich sich die KPD. bemüht, die Konsumvereine aus Bollwerken des Reformismus zu proletarischen Klassenfaktoren zu machen, die ihre ernsten und schweren Aufgaben wirklich erfüllen.

Druck: „Peuvag", Papier-Verarbeitungs- und Vertriebs-Aktien-Gesellschaft, Abteilung Friedrichshain-Druckerei, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28